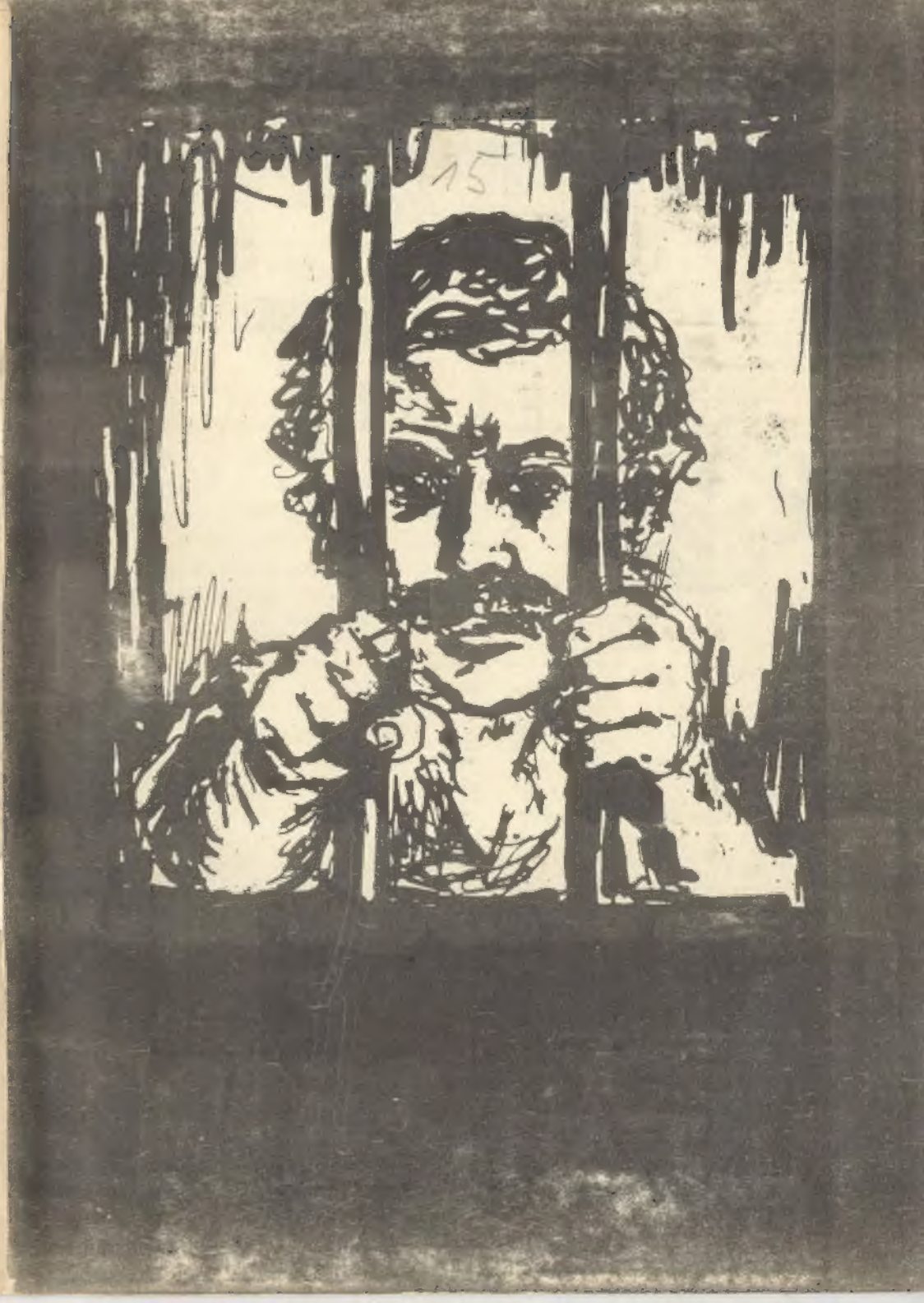


**REISST DIE
MAUERN EIN
HOLT DIE
MENSCHEN
RAUS** ★

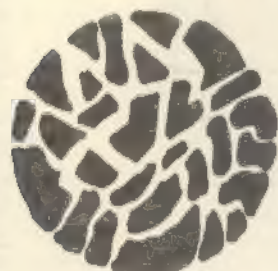




NARCHISTEN IM NORDDEUTSCHEN RAUM IIIIIII

Am 18. märz, dem tag der proklamation der "Pariser Commune" planen wir in Wilhelmshaven ein erstes nord-deutsches anarchistentreffen.

Aufgrund der derzeitigen desorganisation in der anarchistischen bewegung, halten wir es für notwendig, eine überregionale koordinierung aufzubauen, um einen besseren erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen gruppen zu ermöglichen, und eventuell gemeinsame aktionen durchzuführen. Dazu soll der treff dienen.



EINIGKEIT

Wir fordern euch auf, konkrete
vorschläge zu dieser thematik
bis zum 5. märz 1972 (damit die
unterlagen noch vervielfältigt
werden können.) einzusenden.

Schreibt uns mit wieviel Leuten ihr kommt, damit wir uns vorbereiten können. Lasst euch von euren Gruppen Vollmacht für eventuelle Abstimmungen geben.

GENOSSEN! 11

BRINGT IDEEN, SCHLAFSÄCKE, LUFT -
MATRATZEN, DECKEN, FRESSEN, USW! MIT!

V E N C E R E M O S !!!



MACHT

chistentreffen-18.märz. wilhelmshaven. anarchistentreffen-18.märz.wilhelmshaven.anarchisten



Anarchistisches Syndikat W'haven
MAD- Kollektiv Hamburg
Uni-Gruppe-Hamburg
Anarchisten Kiel

Kontaktadresse für den kongress:

AGIT-PROP-BÜCHERSTUBE
2940 Wilhelmshaven
Gökerstraße 32

STARK

kommt bitte zu diesem treffpunkt, und schreibt uns wann ihr kommt

- 2 -

ANARCHO

INFO

internes organ für konsum-
istische und rätekommunis-
tische westdeutschland, westberlin
schweiz

internes organ für kommunikation der anarch
istischen und rätekommunistischen gruppen in
westdeutschland, westberlin, österreich und der
schweiz.

14. 15 - 72 (FEB .)

auflage : 600 exemplare druck : eigendruck preis : 4,- dm

[illegible]

redaktionsanschrift : alexander meyer, 2940 wilhelmsaven, flutstr. 27
tel. 04421 / 5683 (nur bei sehr dringenden angelegenheiten !)
zahlungen bitte per postanweisung nur noch auf das postcheckkonto
klaus atowasser, ffm, nr. 96619, kennwort "INFO", bei an 2 stufen nach
bezeichnen d. d. wotelerer büro, klaus atowasser, 6731 weimar, in fluch
mark 8.
berichte, zuschriften, kritiken usw. nur noch an die redaktionsanschrift

inhalt:

SE ITR:

- 2.....Kongress in norddeutsche
Land.
- 3.....Büre Wetzlar (Bericht)
- 5.....Frankfurt: SZ, SW/AO
- 6.....Tübingen PNL
- 7.....Hamburg APH
- 8.....Gewerkschaft in
Frankreich
- 10.....Schwarze Hilfe - Konten
- 11.....Brief a.d. Ernst
- 12.....Schwarzkreuz/Knastothek
- 14.....Italien/Peru/Argentin.
- 15.....Columbien/Guatemala
- 15.....IMPO - Kritik
- 16.....Verantwortung in der
Gruppe
- 17.....Aufruf d. italien.
Gesamt
- 18.....Venezuela
- 19.....statt 'ner Witzezeile
- 20.....Ted aus der Dienststraffe

- 20.....Neues v. d. Gemacher-
Springer Bunde
- 22.....BEFREITUNG Geschlagener
Bullenterror in EC KÖLN
- 25.....zum Ranch - Urteil
- 27.....Auszüge aus der Anklage
gegen J.-H. von Ranch
- 36.....Stellungnahme zur Ankle-
geschrift
- 38.....Editorial {das letzte {r}}
- 42.....4 129.....

NR. 15

-3-

den vielfach angekündigten letzten rechenenschaftsbericht des wetzlarer büro wird es wohl nicht mehr geben. der wertvolle genosse, der die arbeit in wetzlar übernommen hatte, hat es vorgezogen, sich in sein privates studium zurückzuziehen. seine begründung war: es sei zuviel arbeit für eine einzelnen genossen und eine gruppe solle das von nun an übernehmen. die koordinationsarbeit erfolgt nun vorläufig über wilhelmshaven und zwar über die INFO adresse:

Alexander Meyer, 294 Wilhelmshaven, Flutstraße 274

immerhin hat sich der genosse noch beiterklärt, sein bisheriges konto PSchk Nr 96619 (Frankfurt) solange zur verfügung zu stellen, bis wir ein anderes eingerichtet haben. wir werden das in kürze veröffentlichen. büropost also in zukunft über die neue adresse.



da wir die arbeit des büros nur vorläufig übernehmen wollen, schlagen wir vor, die verbindliche übernahme dieser arbeit auf dem norddeutschen treffen zu beplanen und zu regeln. die gruppen die sich beteiligen wollen an dem treffen, bitten wir darum, dieses problem schon mal intern zu diskutieren.

es geht darum, 2 - 3 genossen freizustellen, damit sie sich voll der arbeit widmen können, die durch das büro anfallen. das wäre einmal das beantworten von briefen, anfragen und das zusenden von material.

2. aufbau einer art koordinationswichtiger arbeiten wie z.b. der gefangenenhilfe, d.h. kontaktaufnahme zu allen auf diesem gebiet arbeitenden gruppen und regelung eines informationsaustausches, damit stets ein Überblick herrscht.

finanzielle belastungen bringt das büro nicht mehr in der form wie am anfang. es läuft eine regelmäßige finanzierung, die höchstwahrscheinlich sogar noch gesteigert werden kann auf mind. ca 250 mark monatlich. weitere aufgabe des büros wird es sein, engen kontakt zum info zu halten und evtl. an der gestaltung des INFO direkt beteiligt zu sein. ideal wäre, wenn ein und dieselbe gruppe beide funktionen übernehmen könnte.

Revolutionäre Aktion

883 ist eine Zeitung der revolutionären Linken. 883 unterstützt die SELBSTORGANISATION der Arbeiter, Schüler und Studenten, die gegen den Staat, das Lohnsystem und die Bürokratie kämpfen. 883

bekämpft die Parteien und Gewerkschaften, die Hindernisse auf dem Weg der Selbstbefreiung sind. Bisher erschienen folgende Berichte

und Analysen in 883, Nr. 67:

Die Feinde der palästinensischen Revolution, Nr. 72: Bericht über den Streik der Hafenarbeiter in Rotterdam, Nr. 73: Gewalt und Organisation, Nr. 74: Vom Bandenkrieg zur Revolution, Nr. 75: Arbeiterräte in Polen, Nr. 78: Die Pariser Kommune, Nr. 80/81: Klassenkämpfe in der Türkei, Nr. 83: Die politische Linie der 883

Die Befreiung der Arbeiter kann nur

das Werk der Arbeiter selbst sein

Preis der 883: Berlin 0,50, BRD 0,60. Abz.: 10 Exemplare 7,--DM
883 Redaktion - in Soz. Zentrum
1 Berlin 21, Stephanstr. 60/Fabrik

wir bitten darum dringend nochmal alle, die dieses INFO lesen, die möglichkeiten zu diskutieren, arbeiten verbindlich zu übernehmen! (betonung auf verbindlich!) zu dem treffen in wilhelmshaven sind selbstverständlich alle anderen gruppen und genossen herzlichst eingeladen!

SCHWARZE ZELLE FRANKFURT / DIREKTE AKTION

kurzer lagebericht zum jahresbeginn 1972:

ausführlicher gruppenbericht wird z.zt. noch diskutiert.

I) die allgemeine lage

die stärke des kerns der zelle hat sich bei 20 eingependelt, die genossen kennen sich inzwischen besser, können in der diskussion besser aufeinander eingehen und für die politische arbeit besser absprechen. die proletarische bzw. lumpenproletarische klassenstruktur hat sich bestätigt, auffallend ist lediglich das inzwischen eingetretene Übergewicht der frauen-genossinnen (11 : 9), offenbar ein ergebnis der SW/AO - agitation und der emanzipationskampagnen.

II) die lage im einzelnen:

a) projektgruppe stadt

zur zeit "ruhe vor dem sturm" da in diesem jahr abbruchtermine, mieterrhöhungen etc. bevorstehen, werden z.zt. vorbereitungen zu kampfmaßnahmen wie wohnkampagne, mieterstreik, besetzungen und andere aktionen diskutiert.

b) projektgruppe SW/AO

trotz regelmäßiger eigener diskussionen bisher keine entscheidung über die fortsetzung der arbeit. geklärt werden muß vor allem die zusammenarbeit mit anderen frauenkampfgruppen frankfurts und die beteiligung an allgemeinen linken frauentreffen und -kampagnen.

c) projektgruppe subkultur

hier bestehen naturgemäß große schwierigkeiten für eine regelmäßige zusammenarbeit und diskussion, sowie sehr unterschiedliche auffassungen. trotzdem ist es aber gelungen, die zeitung zustande zu bringen - wegen technischer schwierigkeiten verzögert sich das erscheinen noch etwas - sie wird mit februar herauskommen!

III) die gegenwärtige lage und unsere aufgaben:

- 1) überwindung der noch immer vorhandenen theoriefeindlichkeit.
- 2) versuch einer zusammenarbeit mit anderen frankfurter nicht-autoritären gruppen.
- 3) bessere verbindung mit gruppen außerhalb frankfurts - insbesondere bessere berlin - kontakte.
- 4) klare selbstdarstellung unserer interessen.



massenhaft neue RAUBDRUCKE! - politik - ökonomie - kritische theorie - organisation - räte - texte zum marxismus - antiautoritäre und kommunistische erziehung - psychologie - analyse und politik - soziologiestil - etc. buchlisten anfordern! vorbeikommen

VORSICHT!

DIE GENOSSEN HABEN LIEFERZEITEN VON EINEM HALBEN JAHR.

die red.



TÜBINGEN

situationsbericht - stand 10.1.71

wie in Stuttgart hat sich auch in Tübingen ein sozialistisches Zentrum (SZ) gebildet. die schaffung des SZ ging aus dem wunsch einzelner genossen, und selbständig arbeitender gruppen (IAJP, Juso, jugendclub, MAK, HPAK, ZAF, FNL) die sich nicht an eine der bestehenden politisch wie organisatorisch dogmatisch verfestigten gruppen anschließen wollten. (1) das SZ ist jedoch kein sammelbecken unter unterschiedlicher politischer standorte. vielmehr besteht die einheitliche grundlage darin, von den konkreten widerständen auszugehen, wie sie sich in der gesellschaft der BRD in inneren nationalen und internationalen zusammenhang zeigen. in erkenntnis, daß die lösung der widersprüche nicht auf dem reformistischen weg zu finden ist, (2) versuchen die arbeitsgruppen, anhand der konkreten probleme herauszuarbeiten, wie die vorherrschaft der reformistischen praxis in der BRD beseitigt werden kann. (3)

am anfang der arbeit des SZ stand eine kritik an KSG/ML und ZAF (bisherige praxis), die noch schriftlich vorgelegt werden soll. (4) Dann ergaben sich differenzierungen der frage, ob das SZ konkrete projekte der einzelnen gruppen unterstützen sollte oder ob dieser anspruch zu bescheiden sei. "es geht darum, eine gemeinsame linie zu finden und im zusammenhang damit eine neue gesamtgesellschaftliche organisationsform. (5) theoretische einheitlichkeit muß angestrebt werden um in politischen fragen eine klare abgrenzung von anderen gruppen zu erzielen, um beurteilen zu können, welche gruppen man unterstützen kann, braucht man ein fundiertes strategie-konzept." (6)

3. sitzung am 9.1.72:

es ging in der hauptsache um die grundsätzlichen fragender hochschularbeit. um einen brauchbaren einstieg zu finden, würde das (von jedem gelesene) "Magri - paper" (7) diskutiert. einige für die hochschularbeit wesentliche punkte wurden allgemein angenommen. (8)

1. ziel ist die im sozialismus zu verwirklichende totale aufhebung der trennung von hand- und kopfarbeit.
2. die tagesforderungen an der hochschule müssen von diesem ziel her bestimmt werden. das heißt, daß wir langfristig auf eine zerschlagung von schule und hochschule hinarbeiten. das heißt auch, daß hochschulpolitische forderungen von sozialistischer praxis an der basis - dem produktionssektor - her abgeleitet werden und bestimmt werden müssen.

Genossen!

Aufgrund der miserablen finanziellen Situation der Zeitschrift bitten wir zum einen die Abonnenten um die Bezahlung ihres Abos (1,50 DM) noch im Laufe dieses Monats, zum anderen von der Möglichkeit, einen Förderabos in unbegrenzter Höhe Gebrauch zu machen.

Zahlungen bitte auf unser Konto

PSchA Hannover 87 377

POLITIKON

als die frage der vereinheitlichung (s.o.) wieder aufgegriffen wurde, kam es zu keiner exakten klärung. die überwältigende tendenz geht aber hin zu einer vereinheitlichung. einige praktische schritte wurden gemacht: die arbeit wurde vom planum wegverlegt in drei neugegründete arbeitsbereiche (hochschule, betriebs- und lehrlingsarbeit, ausländische arbeiter). in allen drei bereichen war bisher von einzelnen gruppen isoliert gearbeitet wurden. diese gruppen gaben ihre autonomie auf zugunsten einer vereinheitlichung zunächst in den jeweiligen bereichen. jedes mitglied des SZ ist in einem der bereiche aktiv. das plenum dient - zunächst vierzehntägig - dem austausch und der diskussion der arbeitsergebnisse der einzelnen bereiche, sowie der arbeit an grundsätzlichen fragen. generalthema der nächsten VV "lehrlingsarbeit in Tübingen" als die

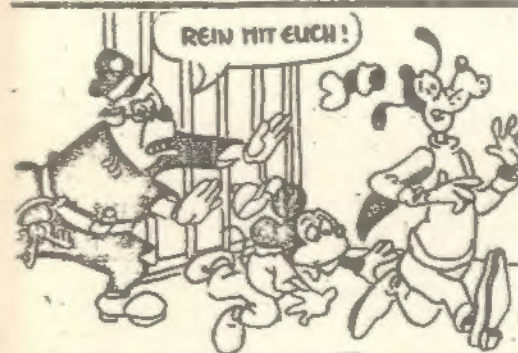
kussionsteilnehmer mitglieder der LG des SZ aus stuttgart.

anmerkungen:

- (1) die grundlagen unserer arbeit im SZ stuttgart Info 2 S. 9 f.
- (2) zum revisionismus von DKP und ML gruppierungen vergl. die berichte in "PF" 1 - 3 !
- (3) siehe (1)
- (4) erscheint im INFO sobald sie vorliegt!
- (5) in den diskussionen trat die räte idee an erster stelle auf!
- (6) aus protokoll der sitzung des SZ vom 19.12.71
- (7) Magri: "Grundzüge eines neuansatzes der studenten- und schülerbewegung" II Manifesto nr. 5 mai 1970
- (8) der bericht ist grob vereinfacht d. sobald konkrete ergebnisse der neugegründeten hochschulgruppe vorliegen, erscheinen sie in INFO.

zur lage der FNL

die FNL steht vor ihrer selbstaufklärung. diskutiert wird die frage ob es auf ein von einigen genossen vorgeschlagenes kommuneprojekt oder ob auf den vorschlag eines anderen teiles der gruppe, geschlossen in den arbeitsbereich betriebs- lehrlingsarbeit einzutreten allgemein eingegangen wird oder ob es zur spaltung kommt.



OHNE
KOMMENTAR

FREIHEIT!

FLUGBLATT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION HAMBURG:

am 1. januar wurden zwei frankfurter genossen, inge BUHMANN und herbert NAGEL beim passieren der jugoslawisch-griechischen grenze festgenommen. bei ihnen wurden sprengstoff und propagandamaterial der bewegung des 22. oktobers gefunden. die bewegung des 22. oktobers ist ein teil der befreiungsbewegung des griechischen volkes gegen die faschistische militärjunta. die genossen wurden in einem schnellgerichtsfahren zu sechs bzw acht jahren gefängnis verurteilt. durch dieses urteil macht sich das staatskapitalistische regime jugoslawiens mitschuldig an der weltweiten unterdrückung des griechischen volkes.

nicht zum ersten mal zeigt sich damit das staatskapitalistische system des ostblocks, das sich nur scheinbar von dem griechischen faschismus abwendet, trotzdem aber weiterhin wirtschaftliche und diplomatische kontakte unterhält.

denn:

- die UdSSR baut kraftwerke..
- albanien und china erkannten das faschistische system an und nahmen diplomatische beziehungen auf.
- bulgarien liefert griechische flüchtlinge aus.

die staatskapitalistischen länder haben damit schon wieder einmal den proletarischen internationalismus verraten, um so, wie die US - imperialisten ihre macht aufrechtzuerhalten. außer den beschuldigten das jugoslawische regime die genossen, anschlüge in kroatien geplant zu haben und an den unruhen in kroatien beteiligt gewesen zu sein. dadurch will das jugoslawische regime seine sabotagen an der griechischen sozialistischen widerstandsbewegung verschleiern.

doch das wird ihnen nicht gelingen!

SOLIDARITÄT MIT HERBERT NAGEL UND INGE BUHMANN UND DER BEWEGUNG DES "22. OKTOBER"!

die französische gewerkschaftliche bewegung bietet drei merkmale: 1. in frankreich herrscht der gewerkschaftliche plurallismus und es gibt mehrere organisationen: CGT, CGTFO, CFTC, FEN, CGC, CNT, CFT,..... und die list ist damit noch nicht abgeschlossen.

2. die größte organisation ist die der nichtorganisierten arbeiter! die meisten staats-stadt-und gemeindebeamte sind gewerkschaftlich organisiert, jedoch ist nur eine geringe minderheit der der arbeitnehmer der privaten betriebe in den gewerkschaften zusammengeschlossen. insgesamt sind es höchstens 3,5 millionen organisierter arbeiter, es ist unmöglich genaue zahlen anzugeben da alle organisationen die zahl ihrer mitglieder massiv übertreiben.

3. alle organisationen erklären sich für die unabhängigkeit der gewerkschaften dem staat und den partei gegenüber, das ist eine alte und eingewurzelte forderung der französischen arbeiterbewegung, die für die meisten gewerkschaften jedoch nicht mehr als ein leerer ausdruck ist. die einen neigen zu einem zusammenschluß mit dem staat, die anderen zu einem zusammen-schluß mit der kommunistischen partei (KP). von der unabhängig-keit der gewerkschaftlichen bewegung zu sprechen ist nicht mehr als heuchelei!

sprechen wir zuerst von der CGT (allgemeiner gewerkschaftsbund). die im jahre 1903 begründete CGT war eine mehrheitlich anarcho-syndikalistische partei! während des 1. weltkriegs schwenkten die führer der CGT vom kurs ab und wirkten bei der "heiligen landesverteidigung" mit. nach der oktober-revolution bildete sich eine starke opposition: die anarcho-syndikalisten, die kommunisten (3 internationale) und alle gegner der verräterische n führer. die spaltung vollzog sich im jahre 1921, nicht lange nach der spaltung der sozialistischen

partei (SFIO). zwei gewerkschaften bestanden nebeneinander: die alte, aber reformistische CGT und die neue, die sog. CGTU, deren führer die kommunisten sehr schnell übernahmen und aus der die anarcho-syndikalisten sehr bald austraten. bald verfiel die CGTU wegen der sektierischen und blödsinnigen politik der KP. im jahre 1935 wurde die gewerkschaftseinheit wiederhergestellt, mit der erlaubnis stalin und der einweihung der politischen volksfront wurde eine neue CGT geschaffen. vor und nach dem krieg spielte die KP die selbe komödie, sie kam an die macht und machte die CGT zu einer satellitenorganisation der KP. es folgte 1941 eine erneute spaltung: die anarcho-syndikalisten begründeten die CNT (aus verwandschaft mit der spanischen CNT), die anderen antikommunistischen arbeiter dagegen gründeten die CGT-FO (CGT-arbeiterkraft). die französische CNT hatte jedoch bald jeden einfluß verloren und wurde zur scheinorganisation. die CGT-FO, in der sich eine anarcho-syndikalistische minderheit befindet ist nicht so stark wie die CGT (diese ist besonders bei den beamteten von bedeutung!). wieviele mitglieder zählen diese beiden organisationen? es ist unmöglich eine genaue antwort zu geben. die CGT brüstet sich mit (1969) 2,3 millionen mitgliedern, ihr tatsächlicher bestand dürfte aber höchstens 1,4 millionen betragen. die CGT-FO zählt ca. 0,5 millionen n. viele anhänger, besonders in der CGT, zahlen ihre jährliche karte und maximal 2 o. 3 beiträge. die lehrkräfte der verschiedenen schultypen haben, um spaltungen zu vermeiden ihre eigene, autonome gewerkschaft gegründet, die FEN (lehrergewerkschaft) umfasst mehr als 80% aller lehrkräfte, rund 0,5 millionen, der mehrzahl jedoch zu fragen der gewerkschaftlichen richtung (in politischer hinsicht) keine stellung bezieht. deshalb ist es den kommunisten möglich die führer der FEN nach und nach an sich zu

zu bringen, sie dominieren schon jetzt in den gewerkschaften des ober-schul-und universitätswesens. im letzten kongreß der FEN (nov. 71) bekamen sie mehr als 40% der mandate.

die christlichen gewerkschaften bestanden in frankreich schon vor dem ersten weltkrieg, einfluß gewannen sie jedoch erst nach 1925. die mehrzahl der CFTC (christliche gewerkschaft) fühlte sich jedoch mit der bezeichnung "christlich" nicht einverstanden. die spannungen endeten erst vor wenigen jahren in der spaltung der CFTC. die mehrheit gründete die CFDT (demokratische r gewerkschaftsbund) und lediglich eine minderheit behielt das siegel CFTC. die CFDT zählt jetzt ungefähr 0,5 millionen mitglieder und hat im mai 68 eine wichtige rolle gespielt. sie erschien mehr links als die CGT und machte ihr konkurrenz. die CFTC hat die krise mittlerweile überwunden, sie zählt 0,14 millionen mitglieder und übt unter den bergleuten einen gewissen einfluß aus. die CGC erfaßt einen großen teil der techniker, ingenieure und des monatlich bezahlten personals. sie kämpft für die aufrechterhaltung der "heiligen hierarchie", die als einziges ihre daseinsberechtigung erklärt. ich habe schon sieben organisationen angeführt, und ich bin immer noch nicht fertig! es gibt in einigen betrieiben "unabhängige" gewerkschaften, deren mitglieder (kaizen der arbeitgeber sind. des weiteren

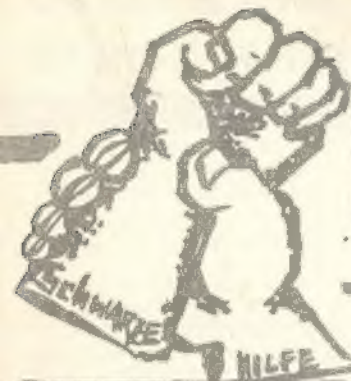
wären noch die CFT zu erwähnen (französischer gewerkschaftsbund) die nur die interessen der arbeitgeber vertritt.

wo sind die anarcho-syndikalisten und anarchistinnen tätig? einige gehören zu der kleinen CNT, in der FEN besteht eine organisierte und aktive minderheit. in der CGT-FO haben die anarcho-syndikalisten beim letzten kongreß (nov. 71) 12% der mandate bekommen. die CGT steht schon seit langer zeit im dienste der kommunistischen partei. die gleichschaltung herrscht in der CGT wie in der partei, und die anarcho-syndikalisten sind nach und nach ausgestoßen worden.

vor einem jahr haben sich anarcho-syndikalisten und "revolutionäre syndikalisten" gruppiert, um ihre meinungen auszubreiten. sie geben eine monatliche zeitung heraus, "solidarité ouvrière". schon bereiten sich der CGT und die CFDT für die wahlen (national-verammlung) vor, die 1973 stattfinden. diese vertritt die interessen der sozialistischen partei und jene die der kommunistischen partei welche beide die "unabhängigkeit der gewerkschaften" propagieren. kuhhaut und schwacher fangen an, um eine neue volksfront zu bilden und die arbeiter noch einmal einzuseifen!

- Jean Barué -
Frankreich

**Rote Hilfe Info (2.-) GENOSSEN!
mit ausführlicher DENKT DRAN
über red. INFO KNASTOTHEK
oder "agit prop" WIR SIND HIER DRIN FÜR EUCH
294 WHV ! IHR SEID DA DRAUSSEN FÜR UNS
Gökerstr 32**



SH SH

* SCHWARZKREUZ

WIR SIND PLEITE!

über uns kreieren die geier, wir brauchen dringend GELD!!! ohne geld können wir nicht arbeiten! einzahlungen erbeten an:

SCHWARZKREUZ KÖLN
postcheckkonto Köln
249670
ralph surand (sonderkonto)

SCHWARZE HILFE BERLIN
konto bei der berliner bank
nr 99/77689
I. BARR., sonderkonto "S.H."

SCHWARZE HILFE HANNOVER
teddy bohle c/o gallo,
ricklinger str. 25

S.H. Heidelberg/IRZU
c/o asta, 69 heidelberg,
grabengasse 14, tel 6221/
54343

berlin: genossen der s.h. mo/mi-fr, 18,00 u. 20,00 im
soz. zentrum; plenum jeden sonntag, 14.00 abends.

von den PIGS gesperrt

RH - Konto seit 29 !

DER §129 EIN BRAUNER FADEN DURCH DIE GESCHICHTE DER BRD

BRIEF AUS DEM KNAST

1. 1. ge d n brief einer verknasteten genossin um einmal am konkreten
p e die zeremonien eines "haftprüfungstermins" aufzuzeigen.

om abges tzten termin habt ihr erfahren, ich h e icht anders erwartet,
die "gentlemen" sin 'höfflich, dafür g b e r. mabuses gruselkabinett
od r wachsfigurnekabine t?-la' besser anschmelzen-des, was sich haft
prüfungste m n n .

zu b i n d e r farce ka erst mal der bescheid, das g ze findet hier im knast
at: ie ange vor gewaltsamer b f u n , der der möglichkeit zu f i c h e n
wa zu groß. die u t i t u hat hat kein vertrauen vor ihren 'viehtransporten'.
und den besitzten ' b e r n ' , die beim landger cht aus den kel erzellen dich
abberu en. h r im knast wurde der "betsaal" festl h hergerichtet. funf t n
zu l a i e l gemacht, geschmückt mit weißer tischtüch ren, der s k r a n z m i
den "sexualsymbolen" "krönche" d a t r die e aufführung "gehörigen
"figu en" waren dann auch der scene ent s c h r d . l seniler ober tants walt,
l gerichtsdirek or us der e a g n schlagenden studen* abewegung, die
schmisse zu hera el g waren zahlr ch da n waren da noch zw m
n tten die d a patriachen wohlwo end zunickten. man hatte den indruck
J n r m a n t k a m e der m a n mit der s e n s e o d e r i e p e s t , d e r g n k a n t v a r
s a m e t i s c h v e r a m e l t d i e e l t n h d i e k i r c h n e t a n s t e r p a s t e w i e
a u s e u h t b l a u - b r a u i e s u s s i o n b e i d e n a n d e r e n g e f a n g e n e n u b e r d i e
e i s t l i c h p e r m r d a s t e m a d e s t a g e s i
a n a h o s t a f i l t e l a n s e r u g e h r i b n f u d i e w e i t e r e
a n l e r u n g i n m i n z e i t e b e i r t d b r f t
i n h a f t l i e r u n g i n m e i n e z e l l e . e n t r e h r t e d i e s c e n e i n d e r k i r c h e e i n e r g e -
w i s s e n k o m i k n i c h t . s o w a r d e r s c h r i b e d n f h t e c i d e r
g e n e a l e s c a z
a u s l i d e s c i e d i n e r k u n g n i c h t e s p a r e n k o n n t e d a s i s n n
t i h e r a o u f a s b e i e f a n a t i k e r i n e r s c h e i n e i c h n u n s c h r i f t l i c h ,
a l s g i n u r i e i l t g e s e r , d i e s i c h d a d u r c h e r h o h t , d a s i c h k o n t a k t e
m i t g l e i c h g e s i n n t e n g l a u b t n b u n d e s r e p u b l i k h a b e , d i e u n d j e d e r z e i t
u n t e r k i t e s a h r e n w u r d e n i s t i g e i m p r e n t e n a u s e r s i c h d a n , d a s d i e
j u d i g l a u b t , w o n t w i c h i n d e n n t r e u n d g e h o t i c h a u c h n o c h
k o n t a k t m e n l e r k i n d u n t e r h a l t e n k o n n t
" v e r k u n g e g e f a h r w u d e a c h k o n s t r a i t , u a . a u s d e m u m a n : d a s z u r
h a u p t v e r h a n d l u g e n d e m o n s t r a t n " g e p l a n t s e i , d i e d a z u d i h n e m i t a n g -
s c h u l d i g t e u n d z e u g e n z u b e i f l u s e n u . z . d a h i g e h n d , d a s s i e a u n g s t v o
r e p r e s e n t a t i o n m i t d e r w a h r h e i t z u r c h a l t e n r e k o n s t r u i e r t w u d e d i e s e u n t e r -
s t e l l u n g a u s e i n e m k n a s t k a s s i e r , d e r d u r c h v r e c h a f t e m a ß n a h m e n b e i e i n e r
z e l l e n f a l z u n g g e f u d n w u r d e i n d e m d i e p r o z e s t r a t e g i e e r l a t e r u r d e .
a s s t o r t e d i e j u s t i z d e r a t z : e s l e b e d i e r a i , d a n n i s t a u s d e m s c h r i e b
n o c h z u e r l s e d a s d r d r i n g e n d e v e r d a c h t b e s t e h e , d a s (d e r n a m e d e r g e n o s s i n
w i r d a u s v e r a n t l i c h e n e n d e n n i c h t g e r a c h , d i e r e d .) d a s g e i s t i g e o b e r -
h a t d r g r u p p e i s t , d i e s i c h s o n t a u w e s e n t l i c h j u n r n z u s a m m e n s e t z t .
i m m e r w i e d e r d a s g l i c h e s e t u n i - w i r d l a n s a m l a n g w e i l i g - d a p r e e r e n
i h r e r o r g a n i s a t i o n s f o r m e n a u n s n a j a , i r g e n d w i a u s e n s i e d i e r ä d e l s
f u h r e r a n j a l e g i t i m i e r e n b e i d n a n d e g e n o s s e b a r e l t d i . j u s t i z d e i
l u h t g e f a h r d a d u r c h z u s a m m e n s e t z t , d a s s h a u s m e i t e r n h u r g e l d e t e t
h a b e n , u n d i h e i e n s e l e e n g e f u r h e n c h e n o u t r h a l t e n s i e k o n t a k t
z u g l e i c h g e s i n n t e n . d a s g a n z e i - e a m e a r u e r a u s g e b u r i e r p o
l i t i s c h e i n s t e l l u n g r i c h t e t n a h a l l u r w a r h u t e z i n t a g d e s l i c h t b l i c k s .
d a u n s e r a n w a l t n i c h t t j e d . s t u n t e n l a n g d i s k u t i r e n k a n n k a m i h i n d e
g s e i n g r u p p e n a n t g l e i c h n a h i n e n h a b e n j a h r w i e d r u s e h n . d i f r e u d e
w r g r o ß , t r t t e r a t a c e . d i e i s o l a t o n h a t k e i n e a n p a s s u n g u n d r e g r e s s i o
b e w i r k t . d e r a m p f g e h t e i t e r i V a n d e R a m s

die justiz schlägt a e a n s w a s e r b i s s e i n d e n e i n e r t r i k t i l l l l l

Asdonk, Brigitte, seit 8.10 in Haft, in Berlin festgenommen, zwangs-
ausgeflogen.

Anklage: Bewaffneter Bankraub, §129

- 65 Mainz, Dieter v. Isenburgstr. 2

Berberich, Monika, seit 8.10.70 in Haft, zwangsweise ausgeflogen.

erst nach Köln, seit August in Mainz

Anklage: bewaffneter Bankraub, §129

- 54 Koblenz, Simmernstr. 14a

Grusdat, Eric, seit Anfang Dez. 70 in Haft, in Berlin festgenommen.

Anklage: schwerer Raub, §129

- 4 Düsseldorf, Ulmen str. 95

Jansen, Heinrich, seit 22.12.70 in Haft, festgenommen in Nürnberg

Anklage: §129

Ruhland, Karl-heinz, seit 20.12.70 in Haft, in Oberhausen festgenommen.

Anklage: §129, bewaffneter banküberfall.

- 666 Zweibrücken, U-Haft, Joachim-Schwebelstr. 33

Jackson, Larry, seit 19.11.70 in Haft

Anklage: versuchter Mord

Urteil: 6 Jahre

- 844 Straubing, Äußere Passauer Str. 90

Schoof, Heine, seit September 67 in Haft in München.

Anklage: versuchter Mord

Urteil: 12.7.68, 10 Jahre (siehe dazu sein Buch
"Erklärung", ES Nr. 484)

- 858 Bayreuth, Markgrafenallee, JVA.

Zawisnewski, Gerhard, seit Mitte 70 in Haft

Anklage: Haschisch-Besitz

SCHULKAMPF

In Koblenz erschien eine
neue, unabhängige Schulzei-
tung.

Preis 0,50 DM.

Sehr zu Empfehlen !!

Sie beziehen:
Club-Räume
(Schulkampf)
54 Koblenz
Münster 18

KNASTOTHEK

Kompl. üb.

R.H. Berlin

R-H-INFO

Adresse S. 29 u.

ZEUGEN GEDUCHT

Am 8. Dezember 1971 und an dem Tage danach fand in Zusammenarbeit mit den
Vertretern des Georg von Soden von der Polizei Bürger-Gesellschaft und zahl-
reichen Verbänden eine öffentliche Anhörung statt. Dabei wurde berichtet, dass es
dabei zu Übergriffen von Polizeibeamten gekommen. Wie stellen diese Dokumen-
tation über diese Verhältnisse zusammen und bitten alle Betroffenen, sich mit uns
in besten schrittliche, in Verbindung zu setzen. Alle Angaben werden auf Wunsch
strenglich behandelt.

Internationale Liga
für Menschenrechte
(Sektion Berlin)

1. Berlin 41; Kabinett Straße 11, Telefon 3 30 11 31, 31 31 31

Humanistische Union
- Kabinett Straße 11, Berlin -

Bericht aus Deutschland:

NEIN, nicht BRASILIEN!



Monatelang in einer fensterlosen Zelle

FR
11.1.72

Kritik am Vollzug der Untersuchungshaft
im Fall Brigitte Asdonk aus Kemptfort bei
Düsseldorf, der Beteiligung an einer kriminel-
len Vereinigung - der Baader-Meinhof-
Gruppe - vorgeworfen wird, hat Gerhard
Seebach, Mitglied des Pfankfurter FDP-
Kreisvorstandes, erhoben.

Nach seinen Angaben hat Brigitte Asdonk
mehrere Monate in einer fensterlosen Zelle
zugebracht und sei bereits wegen geringfügiger
Verstöße gegen die Hausordnung mit
Arreststrafen zwischen drei und zehn Tagen
belegt worden. Als Gipfel der "Sicherheits-
maßnahmen" bezeichnete Seebach es, daß
Brigitte Asdonk nach Besuchen ihres Rechts-
anwalts mehrfach gynäkologisch untersucht
worden sei, um eventuell auf diese Weise ver-
steckte Gegenstände zu entdecken.

Und dann
filzen
bis auf's
Arschloch und
ab in die
Isolierzelle!



Uruguay

Am Montag, den 3. Januar bemächtigten sich Tupamaros der Schlüssel-
positionen der Industriestadt Paysandu 500 km nordöstlich Montevideos.
Später zogen sie sich wieder zurück, wobei sie Waffen und Dynamit mit-
nahmen. (Le Monde, 7.1.72) p. 4)

Die Tupamaros kündigten am 6. Januar das Ende der Waffenruhe an, die
sie vor den allgemeinen Wahlen des 28. November 1971 beschlossen hatten.
8 von ihnen besetzten eine Rundfunksendestation in einer Vorstadt
Montevideos, um diese Erklärung abzugeben. Sie fügten hinzu, dass der
Präsident Jorge Pacheco die Verantwortung für die Wahlen trage, die
die "dreckigsten" in der Geschichte des Landes sind. (Le Monde, 8.1.72, p. 5)
Die uruguayische linke Tageszeitung "El Eco", die zum Organ der Volks-
front geworden war, ist von der Regierung Pacheco Areco endgültig ver-
boten worden. Die Zeitung hatte zahlreiche Berichte über die Eingriffe
der USA und Brasiliens in das politische Leben Uruguays publiziert und
aufgezeigt, dass Lee Echols an der Spitze der amerikanischen Berater für
die uruguayische Polizei die Nachfolge Dan Mitrones angetreten hat,
der im August 1970 von den Tupamaros getötet worden war. Echols war von
der Tageszeitung angeklagt worden, die Provokationen der Polizei gegen
die Volksfront während der jüngsten Wahlen organisiert zu haben.

(Le Monde, 14.1.1972, p. 3)

INTERNATIONAL

Aufruf des Sekretariats der
Internationale Anarchistischer Föderationen

3.2. 1972

APPELL ZUGUNSTEN DER OPFER POLITISCHER VERFOLGUNG

Am Sonntag, den 9. Januar 1972 fand in Rom eine Versammlung von Genossen des Nationalkomitees für die Opfer politischer Verfolgung statt, an der außerdem Genossen des Schwarzkreuz, der Organisationen G.I.A. und F.A.I. und des Politisch-Juristischen Verteidigungskomitees teilnahmen.

Diese Versammlung wurde angesetzt, um auf nationaler Ebene die verschiedenen Initiativen für die Verteidigung der augenblicklich in Erwartung des Prozesses inhaftierten Genossen und die verschiedenen Kundgebungen der Kampagne gegen die Repression zu koordinieren.

Nach Prüfung der augenblicklichen Finanzsituation der verschiedenen Komitees entschloß man sich, einen internationalen Appell an alle Genossen und alle Bewegungen zu richten, damit sie uns so schnell wie möglich helfen, die ungeheuren Beträge, die dazu notwendig sind, zusammenzubekommen. Die verschiedenen Organisationen werden inständig gebeten, am jeweiligen Ort entsprechende Sammlungen zu veranstalten.

Um zu verhindern, daß sich alles aufsplittert und um einen genauen finanziellen Überblick um eine korrekte Buchführung zu ermöglichen, bitten wir, alle Spenden nur an diese Adresse zu senden:

EURO SPADONI - Casella Postale 20 - 60019 Serrigallia (AN) / Italien.

FREEDOM :

-anarchistische wochenzeitung.
bestellisten und probeexemplare
freedom press
84 whitechapel
high street / angel alley
london, e1

Rivista **Anarchica**
+ **Humanità nova**
über das "Büro" jetzt
c/o A. Meyer
244 WILHELMSHAVEN
Flutstraße 274

Peru

2000 Arbeiter der Kupferminen von Toquepala im Süden Perus begannen am 13. Jan. einen unbefristeten Streik. Sie verlangen die Einhaltung der Tarifverträge. (Le Monde, 16-17.1.1972, p.4)

Argentinien

4 Polizisten sind am 14. Jan. in Buenos Aires getötet, 3 weitere sind verletzt worden durch die Explosion einer sehr starken Bombe, die beim Wohnsitz von Jaime Perriau, dem früheren Justizminister deponiert worden war. Man hört weiter, dass am selben Tage ein Zug von unbekannten, bewaffneten Kräften in Temperley 35 km vor Buenos Aires angegriffen wurde. Es ist dies der dritte derartige Zwischenfall in einer Woche. (Le Monde, 16-17.1.1972, p.4)

Columbien

Zweihundert Guerilleros nahmen eine Ortschaft ein. 200 Guerilleros brachten am 7. Januar die kleine Stadt San-Pablo in Columbien in ihre Gewalt. Sie töteten einen Polizisten und verwundeten weitere vier, bevor sie sich mit mehreren Geiseln und einer Summe von 755 000 Francs zurückzogen. Sie hatten mehrere öffentliche Gebäude geplündert und die Geldschranke des Hotels, der Kreditbank und der Telefongesellschaft der Stadt ausgenommen. Einer der Geiseln ist der Präsident der Bucaramanga-Sektion der liberalen Partei, Norberto Morales Salcedo. Die Guerilleros hatten die Bevölkerung auf dem San-Pablo-Platz zu einer revolutionären Kundgebung versammelt. (Le Monde, 9.-10. 1. 72, p.2) In Reaktion auf den Handstreich, in dem am 7. Jan. die kleine Stadt San-Pablo, 300 km von Bogota entfernt von 200 Guerilleros eingenommen worden war, startete die columbianische Armee großangelegte Durchkämpfungsaktionen. Hubschrauber überflogen die Gegend und Anti-Guerilla-Einheiten durchzogen die angrenzenden Berge. Die Guerilleros hatten mehrere Geiseln mitgenommen, 6 von ihnen wurden von der Armee gefunden. Die Guerilleros hatten einen Polizisten getötet. Sechs weitere Polizisten waren von einem spanischen Priester gerettet worden, Pater Domingo Lain, der zur Guerillabewegung E.L.N. (Armee der Nationalen Befreiung) gehört und von dem die Operation ausging. Man vermutet, dass der Anführer der E.L.N. Fabio Vasquez, selbst die Guerilleros führte. (Le Monde, 12.1.72, p.4)

INFO KRITIK

dieser Bericht eines Genossen ist ein er der wenigen, die sich bisher mit dem INFO beschäftigen. wir bitten ihn aufmerksam zu lesen und uns gegebenenfalls auch mal eure eigenen Gedanken zu dem Blatt zu schreiben!!!!

"zum INFO:

ein INFO, das alle drei Monate erscheint, ist fast sinnlos. die Situation innerhalb der Gruppen ist so fließend, daß kaum ein Bericht mehr stimmt, wenn einen das INFO erreicht. dort aktuelle Nachrichten zu bringen hat jedenfalls keinen Sinn.

vorschlag:

auf dem nächsten Bundestreffen übernimmt eine feste Redaktion (evtl nur 2 oder 3 (zuverlässige) Genossen) das INFO. das INFO erhält dann eine weitgehend funktion:

1. sofortige und aktuelle Information für alle arbeitenden Gruppen über aktuelle Ereignisse (Hausbesetzungen, Demonstrationen, Repressionen, Verfahren, RAF, Fahndung etc.) sowie internationalismus.

2. Reportagen und Berichte über längerfristige Arbeit (Lehrlingszentren, Betriebsarbeit etc)

3. nach wie vor: Gruppenberichte

4. theoretische Beiträge zur Klärung unserer Grundlagen. (Klassenanalyse, Avantgardeproblem, Marxismus - Anarchismus-Diskussion, historische Beiträge, lotta continua, 11 Manifesto etc)

um diese Funktion zu erfüllen, erscheint das INFO ab dem Bundestreffen wöchentlich mit wechselndem Umfang. INFO wird nur per Nachnahme oder Vorauskasse verschickt.

um eine Manipulation zu verhindern, muß die Redaktion alle Beiträge bringen. ein Kommentierungsrecht steht ihr jedoch zu.

Guatemala

Sechs Armeeangehörige wurden am Sonntag in einem Mordmord getötet, der ihnen von Guerilleros in der Gegend von Reten, im Norden des Landes gelegt worden war. (Le Monde, 12. 1. 72, p. 4)

VERANTWORTUNG GEGENÜBER DER GRUPPE

unser heutiges system geht von der vorstellung aus, daß ein individuum, das einer bestimmten gruppe oder organisation angehört, genau so handelt wie es ihm die gruppe, oder die ideologie der gruppe, vorschreibt. sollte dieses individuum nun etwas unternehmen was nicht den normen dieses systems entspricht oder "sogar" die normen soweit überschreiten, daß er es mit den bullen zu tun bekommt, so wird ihm natürlich die hauptlast zugeschoben, aber gleichzeitig auch seine gruppe belastet und erheblichen repressalien ausgesetzt. das behindert die arbeit der gruppe natürlich in erheblichem maße, und kann zu einer totalen auflösung der gruppe führen. darum ist es notwendig, daß sich genossen die solche aktionen vorhaben stillschweigend aber konsequent von der gruppe lösen um diese nicht in ihrer arbeit zu behindern oder sogar zu gefährden. dieser prozess der trennung sollte möglichst ohne viel aufsehens vorsich gehen. je stiller, je besser! denn ihr wißt ja selbst wie schnell sich spekulationen innerhalb der gruppe ausweiten; bei aller solidarität zu den genossen ist auch hier die gefahr nicht auszuschließen, daß informationen

aus der gruppe herausgetragen werden. auch sollte die trennung konsequent durchgeführt werden. man sollte sich dann nicht von den genossen beeindrucken lassen, die da behaupten man sei wohl wieder ins kleinstädtertum zurück gesackt oder gar zur dkp übergetreten. aber was sollen die genossen auch anderes vermuten wenn man plötzlich nicht mehr mitarbeitet, von zeit zu zeit sich aber nach der arbeit der gruppe erkundigt. logisch ist es dann auch wenn die genossen mißtrauisch werden und sich mit ihren informationen zurückhalten. man ist in diesem fall dann auch nicht im stande dieses mißtrauen zu beseitigen, was sich natürlich später bei einem wiedereintritt in die gruppe sehr hemmend auswirkt.

auch sollte man, wenn es sich um wie oben beschriebene ("strafbare", militante oder im langkaffigen sinne "radikale") aktionen handelt, nach einem wiedereintritt in die gruppe, mit seinen ausserungen und informationen vorsichtig umgehen, da die vorher geleistete arbeit auch jetzt noch gewisse gefahren für die gesamte gruppe birgt. ich wollte mit diesem beitrag keinen ratschlag geben, lediglich einen dankstoß. auch sollten diese anmerkungen keinesfalls pauschal übernommen werden. für die eine situation mögen sie zu



ITALIEN

treffen, für die andere wieder total irrelevant sein. genossen, es ist uns doch wohl klar, daß dieses system keine menschliche existenz gegen jeden mit aller härte verteidigen wird und daß es unsere aufgabe und notwendig ist das system zu vernichten. aus dieser Überlegung heraus müßte man auch zu konsequenten aktionen bereit sein. einen finger kann man brechen, fünf finger sind eine faust und wenn die faust auch noch ein gewehr hält dann sind wir schon

genossen. es ist uns doch wohl klar, daß dieses system keine menschliche existenz gegen jeden mit aller härte verteidigen wird und daß es unsere aufgabe und notwendig ist das system zu vernichten. aus dieser Überlegung heraus müßte man auch zu konsequenten aktionen bereit sein. einen finger kann man brechen, fünf finger sind eine faust und wenn die faust auch noch ein gewehr hält dann sind wir schon

VENCEREMOS

Italien, 21. Januar 1972

Liebe Genossen,

wir übersenden euch einen internationalen Appell der Italienischen Anarchistischen Bewegung, veröffentlicht in Nr. 1/1972 von UMANITA' NOVA.

Wir müssen unbedingt große Geldbeträge zusammenbekommen, um die Verteidigung der unschuldigen Genossen, die wegen des Massakers vom 12. Dezember 69 angeklagt sind, entsprechend unterstützen zu können.

Der Prozeß wird am 23. Februar beginnen, und vor diesem Tag müssen wir bereits eine Reihe von sehr wichtigen Initiativen ergreifen; so müssen wir uns etwa auf die Unkosten für den langwierigen Aufenthalt in Rom seitens vieler Rechtsanwälte aus verschiedenen Städten vorbereiten und ihnen die gesamte zur Verteidigung notwendige Dokumentation beschaffen.

Ebenso organisieren wir einen großen internationalen Volksprozeß und eine große nationale Kundgebung für den 19. Februar in Rom.

Nur wenn es uns gelingt, den reaktionären Machenschaften die Genossen zu entreißen, die jetzt vor Gericht gestellt werden, wird es uns gelingen, die Repressionswelle zu zügeln und den Faschismus, der wieder hochkommt, zu zerschlagen.

Wir bitten darum, daß jede Bewegung nach ihren Möglichkeiten sofort in ihrem eigenen Landeeldsammlungen veranstaltet und uns so bald wie möglich so viel wie möglich zuschickt, und zwar an das Comitato Nazionale Pro Vittime Politiche (Adresse s.o.).

Wir sind sicher auf internationales Verständnis und internationale Solidarität zu treffen seitens der gesamten revolutionären Bewegung. Mit brüderlichen anarchistischen Grüßen

für DAS VERTEIDIGUNGSKOMITEE
gez. A. PARATORE

auf S. 140.

Die oben angegebene Adresse ist ein Postfach, kein Konto.



Rotbücher

Im Abonnement jeder Band DM 1,- 50

Alex Schubert:
Stadtguerilla-Tupamaros
in Uruguay
Rotbuch 26. 132 Seiten. DM 4,50

Schmidt/Fichter:
Der erzwungene
Kapitalismus
Klassenkämpfe in den Westzonen
1945-48
Rotbuch 27. 180 Seiten. DM 6,50

Über beschlagnahmten
Kampf in
Rotbuch 29. 84 Seiten

Kollektiv Hispano-Suiza:
Arbeiter und Apparate
Bericht französischer Arbeiter
über ihre Praxis 1945-70
Rotbuch 30. 160 Seiten. DM 6,50

Berni Kelb
Betriebsrat
Ratschläge für die Taktik am
Arbeitsplatz
Rotbuch 31. 72 Seiten DM 3,50

Bernard Lambert
Bauern im Klassenkampf
Anregungen für die vergessene
Analyse einer Ausbeutung
Rotbuch 32. 160 Seiten DM 6,50

Wagenbach
1 Berlin 31, Jenaer Straße 6

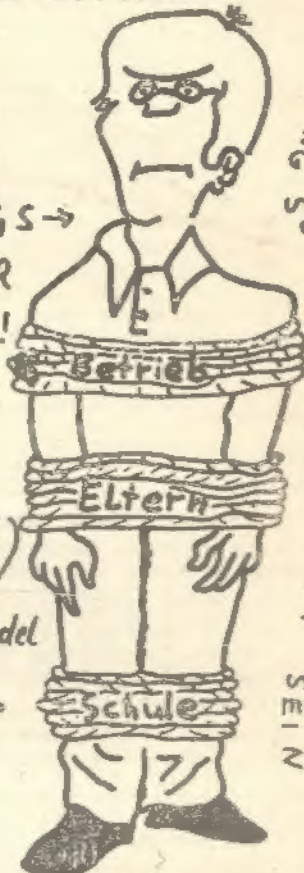
WAS UNS DA GRADE NOCH EINFÄLLT...

WAGENBACH
LEHRLINGS
KALENDER

IST WIEDER DA!
(durchschnüffelte
Auflage aber
trotzdem

KLASSE!

2,- im Buchhandel



DENN:!
LEHRJAHRE SIND KEINE
HERRENJAHRE!

... statt 'ner Witze ...



„Ich lasse mir von niemanden etwas gefallen“, mault Herr Schmidt, „weder vom Meister im Betrieb noch von der Polizei auf der Straße, noch von Irgendwem, der mir kraft seines Amtes irgendwelche Vorschriften machen möchte. Die Zeiten der Diktatur liegen hinter uns, und in der Demokratie dulde ich keine Autoritäten über oder neben mir“.

Also sprach Herr Schmidt in seinen eigenen vier Wänden, reagierte seinen Tagesärger ab, daß die Möbel wackelten, die Frau verschüchtert in die Küche und die Kinder in ihre Zimmer flüchteten. „Der Alte spinnt wieder“, war ihre einhellige Meinung. „Von uns erwartet er, daß wir uns bedingungslos dem beugen, was er väterliche Autorität nennt. Er aber will sich weder vom Vorgesetzten noch von Vertretern des Gemeinwesens irgend etwas sagen lassen. Das nennt er, guter Demokrat sein, dieser Haustyrann“. Der Schmidtsche Nachwuchs beobachtet scharf.

Herr Schmidt ist im Irrtum. Er verwechselt Demokratie mit Anarchie, Autorität mit Gewaltherrschaft. Eine demokratische Staatsform kann aber der Ordnung genauso wenig entbehren wie andere Staats- und Gesellschaftsformen. Sie verlangt sogar mehr Einsicht in die Notwendigkeiten wie z. B. eine Diktatur. Diese kann ohne Einsicht ihrer Bürger existieren, sie setzt auch weniger Verantwortungsbewußtsein des einzelnen voraus. In dieser Staatsform brauchen Träger von Verantwortung nicht unbedingt eigene, persönliche Autorität zu haben. Das Amt, die Befehlsgewalt, die Möglichkeit, Anordnungen mit Strafandrohungen durchzusetzen, läßt auf persönliche Autorität durchaus verzichten. Daher kommt es, daß man in Diktaturen viel häufiger als in Demokratien schwache Figuren an verantwortlichen Stellen antrifft, also keine Persönlichkeiten, sondern Abziehbilder. Und trotzdem funktioniert die Ordnung.

Demokratie ist aber keineswegs gleichbedeutend mit Führungslosigkeit oder Ordnungslosigkeit, wie Schmidt und seine Gesinnungsgenossen meinen. Herr Schmidt ist alles andere als ein Demokrat. Er ist eher ein Anarchist. Leute wie er sind Feinde der Demokratie, ja sie sind geradezu deren Totengräber.

Spitz

Schmidt
der
Anarchist

Venezuela

Hunderte von Soldaten, unterstützt von Aufklärungsflugzeugen der Luftwaffe durchkämmten die Berge östlich Caracas auf der Suche nach Guerilleros, die ihre Aktivitäten seit Anfang des Jahres verstärkt haben. 20 Widerstandskämpfer haben eine Garnison der Nationalgarde in Omare-del-Tuy angegriffen. Am 9. Januar bereiteten andere Guerilleros der Armee einen Hinterhalt, bei dem ein Soldat getötet und zwei verletzt wurden. (Le Monde, 12.1.1972)

Der Tod aus der Dienstwaffe ... aus stern

Neugierig sah der 32-jährige Maschinenschlosser Harald Kozinowski aus seinem Schlafzimmerfenster. Er wollte wissen, warum so viele Polizisten aufgeregt über die Straße liefen. Seine Neugierde kostete ihn das Leben. Denn kaum hatte er den Fensterflügel geöffnet, traf ihn eine Kugel ins rechte Auge.

Ein Polizeioffizier hatte ihn für einen Amokläufer gehalten.

der – allerdings in der Nachbarwohnung – mit der Pistole seine Familie bedrohte. Der Polizist gab Feuer frei, ein junger Beamter schoß und traf. Ein Strafverfahren gegen den Schützen wurde nicht eingeleitet.

Dieser tödliche Schuß fiel im letzten Jahr in St. Georgen im Schwarzwald. Harald Kozinowski ist eines von weit über 100 Opfern, die in den vergange-

nen zehn Jahren durch Polizeigeschosse ums Leben kamen. Aber nirgendwo in der Bundesrepublik werden diese Todeschüsse registriert – weder beim Bundesinnenministerium noch bei den Staatsanwaltschaften oder den einzelnen Landeskriminalämtern. Denn, so argumentiert zum Beispiel der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Dr. Blochwitz, „solche Nachforschungen

NEUES VON DER GENSCHER SPINGER BANDE

wurden einen Arbeitsaufwand erfordern, den ich den mir unterstellten Staatsanwaltschaften nicht zumuten kann“.

„Arbeitsaufwand“ und „Nachforschungen“ aber wären dringend nötig. Denn unsere Polizisten schießen in vielen Fällen zu schnell und zu hoch; in den Kopf statt in die Beine.

● Am 20. Oktober 1962 jagt die Polizei in Wanne-Eickel einen Räuber und schießt auf offener Straße hinter ihm her. Der unbeteiligte Passant Friedhelm Hartmann, 20 Jahre alt, wird in den Kopf getroffen.

● Am 3. August 1966 wird der 22-jährige Handelsvertreter Rudolf Schoen an einem Autobahnrastplatz bei Wesel von zwei Polizisten verfolgt, weil er sich vor einem Kraftfahrer unsittlich entblößt hatte. Der Flüchtige hielt einen Schuß in den Rücken und ist tot.

● Am 15. Januar 1969 flüchtet sich der 21-jährige Einbrecher Friedhelm Kozinowski vor der Polizei ins Schlafzimmer seiner Wohnung. Dort wird er von einem Polizisten in den Rücken geschossen und stirbt.

● Am 2. November 1969 droht der 37-jährige Tischler Bernhard Ehlert in Wolfach bei Offenburg seine Familie zu erschießen. Polizisten stürmen die Wohnung. Ein Schuß verletzt den Tischler und trifft seinen hinter ihm stehenden neunjährigen Sohn Bernd tödlich.

Schlagzeilen machte der Fall Benno Ohnesorg. Bei einer Demonstration am 2. Juni 1967 in Berlin wurde der 26-jährige Student von dem Polizeiobermeister Karl Heinz Kurras in den Kopf geschossen. Er verblutete in einem Strafverfahren wurde der Schütze freigesprochen.

Seit diesem Schuß und dem Freispruch wird der Waffengebrauch der Polizei immer heftiger kritisiert; vor allem, daß die Polizei offenbar gegen ihre Dienstvorschrift schießt, einen flüchtigen Verbrecher allenfalls „angriffs- und fluchttüchtig zu

machen“ (so das Hessische Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges). Denn wenn „selbstverständlich alle Schützen sagen... man habe auf die Beine geschossen“ (so der verstorbene Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer müßte es bei der großen Zahl der durch Kopfschuß Getöteten inzwischen eine ganze Armee von Beinverletzten geben. Doch die gibt es nicht.

Fritz Bauer berichtete kurz vor seinem Tode von einem im KZ Auschwitz gefundenen vorgedruckten Formular. „Auf der ersten Seite war vermerkt, daß der SS-Mann... den Häftling auf der Flucht erschossen habe. Auf der letzten Seite stand der Beschluß zur Einstellung des Verfahrens, ebenfalls vorgedruckt. Der hessische Generalstaatsanwalt befürchtete damals, daß auch heute noch Ermittlungsverfahren gegen Polizisten, die mit der Dienstwaffe getötet haben, „in aller Regel, wenn nicht immer, in gleicher Weise enden wie die Verfahren bei dem SS- und Polizeigericht“ – mit formloser Einstellung.

Bauer hatte mit seinen Befürchtungen recht. Bislang ist nur eine Verurteilung bekannt. Der Westberliner Polizeiobermeister Horst Saizwedel wurde zu sieben Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt, weil er den vermeintlichen Autodieb Peter Brastz durch Genickschuß mit aufgesetzter Pistole erschossen hatte. Zuvor hatten allerdings Saizwedels Polizei-Vorgesetzte versucht, den Schuß als Notwehr hinzustellen.

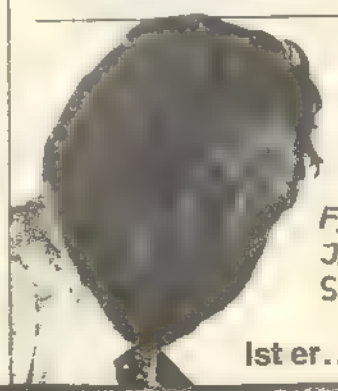
Als „Nothilfe“ hat auch die Münchner Staatsanwaltschaft die spektakulärste Erschießung hingestellt, die sich in Deutschland jemals ereignet hat, von Fernsehkameras auf allen Kanälen ausgestrahlt: die Massenballei auf den Münchner Bankräuber Hans-Georg Rammemayr, durch die auch die Geisel Ingrid Reppel gefährdet wurde. Rammemayr wurde von der Polizei erschos-

sen. Die Geisel starb laut staatsanwaltlicher Ermittlung durch Schüsse Rammemayrs.

Zwei Jahre vorher war bei Badenweiler Ähnliches geschehen. Der Bankräuber Bruno Matevka hatte den Sparkassenleiter Herbert Kopf als Geisel mit ins Fluchtauto genommen und seine Pistole gegen dessen Kopf gedrückt. Die verfolgenden Polizisten feuerten rund 100 Schüsse auf Verbrecher und Geisel. Als Matevka von einem Schuß verletzt wurde, tötete er durch Kopfschuß den Sparkassenleiter. Matevka wurde wegen Mordes verurteilt. Das Verfahren gegen die schießenden Polizisten eingestellt.

Als vor vier Wochen der 32-jährige Gerhard Arnold Finnen- da 1 mit einem gestohlenen Lastwagen im 60-Kilometer-Tempo über die Mannheimer Autobahn zuckelte und Halbeschnecken verfolgender Polizisten nicht beachtete, wurde er, nachdem er schließlich angehalten und wegelaufen war mit einer Maschinepistole in den Hinterkopf geschossen. Nach der sofort bekanntgemachten Meinung ihrer Vorgesetzten handelten die Beamten im „Notwehr“.

Polizeioberst Koch erklärte, die Streifenwagen im Karlsruher Gebiet seien jetzt mit Maschinepistolen ausgerüstet, die die Eigenschaft hätten, nach mehreren hintereinander abgegebenen Schüssen „nach oben zu ziehen“. Oben, wo der Kopf sitzt.



F. J. S.

Ist er...



„Sollen wir uns wirklich der Polizei stellen, Ulrike? Dieser Herr von der BILD-Zeitung bietet uns eine halbe Million wenn wir weitermachen!“

ernst gemeint!

Arbeiterbrief Nr. 58, April 1965, S. 6

Hrsg.: Propst D. Ernst zur Nieden im Auftrag des Vereins zur Förderung der Männerarbeit der EKD e. V. Verlagsort: 6000 Mainz

BEZUG: Willy Luppertz, 433 Magdelein, Bad
Winkhauser Weg 6a

test

DeM, Ann. Winkhaer Wz 64

—

[illegible]



TERROR URTEIL U. POLIZEI AKTIONEN

Der Genosse Johann Heinrich von Rauch soll ausgeschaltet werden; so will es der Staatsapparat. Nachdem sich die von der Polizei und Staatsanwaltschaft konstruierte Anklage wegen Mordversuchs durch Zeugenaussage als unhaltbar erwies, mußte die Justiz zu einem außerordentlich hohen Strafmaß, gemessen an der Geringfügigkeit der Anklagepunkte, greifen, um zu ihrem Ziel zu kommen:

2 1/2 Jahre Gefängnis ohne Bewährung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und unerlaubten Waffenbesitzes.

Da es sich der Staat nicht leisten kann, alle politischen Gegner offen zu liquidieren (wie die Reaktion auf die Ermordung der Genossen Petra Schelm u. Georg v. Rauch zeigt), greift er zum Terrorurteil als "sublimem" Instrument der Ausschaltung seiner Gegner.

Wer sich dagegen wehrt und die Genossen unterstützt, z. B. durch Knasthilfe, dem ergeht es wie den Kölner Genossen der Gruppe "Schwarzkreuz". Am Samstag wurden 5 der Genossen vorübergehend festgenommen, ihre Wohnungen durchsucht und das gesamte schriftliche Material beschlagnahmt. Die Form der Polizeiaktion ähnelte teilweise Gestapomethoden: Mit Worten wie "Ihren Sohn werden Sie ne Woche lang nicht sehen" und "Heute gehen wir noch, aber wir kommen wieder!" wurden die Angehörigen dem Festgenommenen Angst eingejagt. Die Mutter eines Verhafteten mußte wegen eines Herzanfalls in ein Krankenhaus gebracht werden. - Auch im Kölner Republikanischen Club wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt und dessen Leiter festgenommen. Das Konto der Gruppe Schwarzkreuz wurde gesperrt.

Auch in diesem Fall werden die §§ 129 (kriminelle Vereinigung), 130 (Angriff auf die Menschenwürde) des Strafgesetzbuches zur Kriminalisierung von Genossen benutzt.

Der Grund war, daß die Genossen, die in der Haft isoliert und demoralisiert werden sollen, nicht aufgegeben, sondern durch materielle und politische Hilfe unterstützt haben. Um den Schlag wirkungsvoller zu landen, wählte die Polizei einen Zeitpunkt, zu dem sich die Kölner Genossen mit Genossen aus anderen Städten treffen wollten, die ebenfalls politische Gefangene betreuen. Die Polizeiaktion soll offensichtlich die Kölner Gruppe sowie die Kommunikation mit anderen Gruppe treffen. Sie ist also gegen alle gerichtet, die die Genossen im Knast unterstützen.

SCHLUSS MIT DEM POLIZEI- UND JUSTIZTERROR
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN

Protokoll einer
Tauschdurchsuchung

Index

Wunsch en I

in der Strafsache

gegen

von R a u c h Johann Heinrich, geboren am 21.10.1941
in Hohensalza;
deutscher Staatsangehöriger;
verheirateter Ingenieur;
zuletzt wohnhaft in 1 Berlin 41,
Varziner Straße 13/14;

Eltern: Georg von Rauch und
Margarethe, geb. Reimer

verurteilt - festgenommen am 2.4.1971;
in dieser Sache in Untersuchungshaft
in 5.4.1971 auf Grund eines Haftbe-
fehls München von
in 5.4.1971 in München alt München-

Der Angeschuldigte wird daher beschuldigt

- 1.) durch zwei selbständige Handlungen in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem anderen versucht zu haben, zwei Menschen vorsätzlich zu töten, um eine Straftat zu ermöglichen (Widerstand gegen die Staatsgewalt) und eine weitere Straftat (unerlaubter Waffenbesitz) zu verdecken

und hierdurch

in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem anderen zur Vollstreckung von Gesetzen berufenen Beamten bei der Vornahme einer Amtshandlung mit Gewalt Widerstand geleistet zu haben

durch eine weitere selbständige Handlung abermals Beamten, die zur Vollstreckung von Gesetzen berufen sind, bei der Vornahme einer Amtshandlung mit Gewalt Widerstand geleistet zu haben

verbotswidrig eine Faustfeuerwaffe erworben zu haben

- ..) verbotswidrig eine Schußwaffe geführt zu haben

und sich hierdurch schuldig gemacht zu haben

- 1) zweier in Mittäterschaft begangener sachlich zusammentreffender Verbrechen des versuchten Mordes in Tateinheit mit einem in Mittäterschaft begangenen Vergehen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt

- §§ 211, 43, 47, 74; - 113, 47; - 73 StGB und (§ 74 StGB)

- 2) eines Vergehens des Widerstandes gegen die Staatsgewalt

- § 113 StGB - und (§ 74 StGB)

- 3) eines vorsätzlichen Vergehens des verbotswidrigen Erwerbs einer Faustfeuerwaffe

- §§ 26 I 1, 11 WaffnG - und (§ 74 StGB)

eines vorsätzlichen Vergehens des verbotswidrigen Führens von Schußwaffen

- §§ 26 I 2, 14 WaffnG -

Rote Hilfe Westberlin 1 Berlin 21 Stephanstrasse 60 • verantwortlich: Richard Klein
Spendenkonto: (Brentzel) Nr. 064 000 347 Sparkasse Berlin (West)
Preis: 20 Pf (Erlös für die Betreuung politischer Gefangener) • 14.2.1972
K RH-INFO

welche, die uneinsichtig waren. Ich möchte hier betonen, daß Herr von R a u c h , obwohl er mir die Waffe nicht zurückgab, zu den Einsichtigen zählte, aber sich letztlich auf Grund der Meinung von Uneinsichtigen zur Rückgabe der Waffe nicht durchringen konnte."

Bl. 356 - 361

Am 26.8.1971 ist auf Grund eines Beschlusses des Amtsgerichts München - Ermittlungsrichter - in einem anderen Ermittlungsverfahren die Haftzelle des Angeschuldigten von den Zeugen R e s s e l , H a u s m a n n und K i t s c h l e r durchsucht und ein dort vorgefundener Schnellhefter sicher- gestellt worden. Hierin sind eine Reihe von Schriftstücken enthalten, die die Zugehörigkeit des Angeschuldigten zum Kreis linksextremistischer Terroristen beweisen:

6

Eine "Liste der derzeit in politischen Sachen Inhaftierten" weist folgende Namen aus:

Michael Baumann
Monika Berberich
Heinz Brockmann
Hilmar Buddee
Brigitte Asdonk
Herbert Heun
Peter Knoll
Irene Goergens
Ingrid Schubert
Dieter Kunzelmann
Annerose Reiche
Georg von Rauch (B)
Thomas Weisbecker
Bernd Wolf
Horst Mahler
Heinz Janssen
Hans-Jürgen Becker
Erich Grusdat
Thorwald Proll
Fritz Teufel
Jimmy Vogler
Heinrich von Rauch
Astrid Proll
Ilse Stachowiak
Renate Wolf

Der Name des Angeklagten steht hier in der Reihe bekannter - wegen verschiedener Verbrechen (Sprengstoffanschläge, Mordversuch) zum Teil bereits abgeurteilter - Linksextremisten.

Während seiner Inhaftierung hat der Angeschuldigte eine Vielzahl von Briefen und Kartengrüßen von zum Teil inhaftierten Gesinnungsgenossen erhalten. Unter anderem haben ihm geschrieben: Irene Goergens (im sog. "Mahlerprozeß" wegen des anlässlich der Befreiung des Strafgefangenen Baader begangenen Verbrechens des versuchten Mordes zu vier Jahren Jugendstrafe verurteilt), Dieter Kunzelmann, Fritz Teufel, Herbert Heun, Karl Heinz Kuhn (angeklagt u.a. wegen Verbrechens der versuchten Brandstiftung und des schweren Raubes ^{und} eines Vergehens des unberechtigten Führens von Schusswaffen) Rainer Krämer Annerose Reiche

- 10 -

"Das ist ein Problem und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden. Aber die Praxis hat natürlich zu sein, davon auszugehen, daß die Polizei als Repräsentant des Systems zu bekämpfen ist und natürlich rücksichtslos zu bekämpfen ist, skrupellos und bedenkenlos zu bekämpfen ist."

Dementsprechend ist auch von den sogenannten "Stadtguerillas", den Gesinnungsgenossen des Angeschuldigten, - mit denen er auf einer "Liste" steht und gemeinsam in der sogenannten "K n a s t e t h e k" genannt wird, - gehandelt worden:

Bl. 347 ff

a) 14.5.1970 Berlin

gewaltsame Befreiung des Strafgefangenen Andreas B a a d e r . Der Tat verdächtig sind u.a. Ulrike Meinhof, Ingrid Schubert, Irene Goergens und Astrid Proll (Sta Berlin 2 P Js 450/70).

b) 3.11.70 B r u

Schüsse auf verfolgende Polizei-Beamte
u. a. durch Bernhard Wolf, der Schlüssel
zu einer konspirativen Wohnung bei
sich trug, die vor der im 9. M n 26
auf der Fahndung nach der sog. Baader-
Meinhof Gruppe festgenommenen Brigitte
Asdonk angewiesen worden ist (Sta
Berlin 2 P Js 1391/70).

c) 22.12 1970 Murnberg

Erschießen des Flucht-Geistes durch
den Linksextremisten Heinrich Jansen.

d) 10.2.1971 Frankfurt

Rei-Flüchter des Fluchtweges durch
Astrid F. und Winfred Grashof
Anschüsse durch der alb ndes-
anwalt 1 B Js-6 7 1.

e) 6.5.1971 Hamburg

Schießen auf Polizei-Beamte durch
Ulrich Prohl (GBA 1 B Js 6/71)

24.6.71 Heidelberg

Schüsse auf verfolgende Polizei-Beamte,
die in einem Fall zu lebensgefährli-
chen Verletzungen führten, durch lang-
jährige Freunde des Angeschuldigten;
nämlich Alfred Mährlander, Bernhard
Fraun, Rolf Reinders. Die Tatwaffe
wurde auf die gleiche Weise wie die
Waffe des Angeschuldigten mittels
des Jagdscheines des Zeugen Ascher-
brenner erworben.

15.7.71 Hamburg

Schüsse auf verfolgende Polizei-Beamte
durch Werner Hoppe und die während
des Schußwechsels getötete Petra Schelm

STELLUNGNAHME ZUR ANKLAGESCHRIFT

Nach §200a Abs II der StPO wird in der Anklageschrift das wesentliche Ergebnis der Ermittlungen dargestellt. Das bedeutet, daß Tatsachen samt Beweisgrundlage, aus denen sich der hinreichende Tatverdacht ergibt, aufzuführen sind.

Wenn man die Anklageschrift gegen Johann Heinrich von Rauch betrachtet, fällt auf, daß sich hier Tatsachen mit unbewiesenen Vermutungen und bloßen Unterstellungen scheinbar willkürlich mischen. Daß dahinter aber eine Systematik steht, wird erst beim genauen Hinsehen deutlich: An allen Punkten, wo das - mehr als dürftige - beweisbare Tatsachenmaterial nicht ausreicht, werden Vermutungen der Staatsanwaltschaft als objektiv erwiesen hingestellt.

So werden z.B. auf den Seiten 2, 3, 15, 18, 27 und 28 Verbindungen des Angeschuldigten zu anarchistischen Terroristenkreisen unterstellt. Dies dient der Staatsanwaltschaft zu dem Zweck, darüber hinwegzutäuschen, daß das Beweismaterial für die dem Angeschuldigten konkret zur Last gelegten Taten äußerst unzureichend ist. Aber selbst diese Unterstellungen sind in sich widersprüchlich und nicht schlüssig.

Denn die Tatsachen, die eine solche Verbindung herstellen sollen, sind Briefe, die von Rauch erst während seiner Untersuchungshaft erhalten hat (S.14), und die nichts weiter beweisen, als daß Menschen, die in der gleichen Situation stehen, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickeln. Auch die Hilfsorganisationen (Rote Hilfe etc.) dienen nur dem Zweck, die gewollte Isolation während der Haftzeit zu durchbrechen indem sie durch Gefangenelisten den Briefkontakt fördert und durch Besuchsdienste und Besuche Hilfe leistet. Wenn man trotz dieser klaren Aufgabenstellung solche Gruppen als linksextrem hinstellt (S. 18), kann dies nur als böswillige Unterstellung seitens der Staatsanwaltschaft verstanden werden.

Wie sehen nun die Beweise bei den drei angeführten Tatkomplexen aus?

1. Versuchter Mord verlangt den Entschluß, d.h. den Vorsatz, ein in der Vorstellung des Täters konkret umrissenes Verbrechen zu verüben. Wenn von Rauch wegen des angeblichen Ziehens der Pistole wegen Mordversuch angeklagt wird, müßte ihm bewiesen werden, daß er zum Schießen entschlossen war und den Polizisten Thurnhofer dadurch töten wollte. Das Verhalten des Angeklagten vor seiner Festnahme läßt den Schluß auf einen Mordversuch nicht zu. Wenn er wirklich hätte schießen wollen, hätte er während seines Weglaufens wohl genügend Gelegenheit gehabt. Die Beschreibung des Tathergangs durch den Polizisten (S.4) scheint wenig wahrscheinlich und ist wohl nur durch dessen damalige Aufregung zu erklären. Es ist kaum denkbar, daß man in dieser Lage ("der Angeschuldigte lag bäuchlings auf dem Boden, der Zeuge auf dessen Rücken") eine Pistole über die Schulter bis auf 5 bis 10cm gegen den Kopf eines anderen, also gezieht richten kann, sie außerdem zu entsichern und zu spannen.

So konnten auch andere Tatzeugen diese Angaben nicht bestätigen (vgl. etwa Zeuge Lugeder, S.23).

Daß dieser Tathergang auch der Staatsanwaltschaft für den Beweis des Mordvorsatzes nicht genügt, zeigen die bereits geschilderten "Hilfskonstruktionen" und Unterstellungen der Ankläger.

2. Der unbekannte Begleiter von Rauchs soll bei der Verfolgung auf den anderen Polizisten geschossen haben. Unklar bleibt, ob es sich hierbei um eine Schreckschußpistole oder eine scharfe Waffe handelte.

Dieser Schuß soll von Rauch über die juristische Konstruktion der Mittäterschaft zugerechnet werden.

Der hierzu erforderliche Nachweis des bewußten und gewollten Zusammenwirkens kann wegen der nicht geklärten Identität des Begleiters nicht erbracht werden. Deshalb greift die Staatsanwaltschaft auch hier auf die oben angesprochenen Unterstellungen zurück, geht hier jedoch noch einen Schritt weiter. Aus seinen Briefkontakten wird seine Geisteshaltung, "grundsätzlich auf Polizisten zu schießen" (S.18) gefolgert. Um dies zu untermauern wird auch ein angebliches Ulrike Meinhof Zitat aus dem "Spiegel" angeführt (S.19), das von der Roten Armee Fraktion als nicht authentisch bezeichnet wird (siehe Rotbuch 26 Rotbuch 26, S.111: "Wir machen nicht rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch. Der Bulle, der sich in dem Widerspruch zwischen sich als einem Gehaltsempfänger und Vollzugsbeamten des Monopolkapitals befindet sich nicht im Befehlnotstand...")

In der Anklageschrift folgt dann (S.19ff) eine Liste von Vorfällen, die angeblich im Zusammenhang mit der sog. Baader-Meinhof-Gruppe stehen.

Abgesehen von der Tatsache, daß selbst die Sicherungsgruppe Bonn keinerlei Zusammenhang zwischen dieser Gruppe und von Rauch sieht, sind objektive Unwahrheiten zu entdecken: z.B. ist Bernhard Wolf schon vor aus der Haft entlassen worden, was den in dieser Anklageschrift zierten Vorwurf wohl nicht angemessen ist. Es weitem hat Astrid Pro bei ihrer Festnahme bekanntlich nicht geschossen.

3. Die Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt auf dem Polizeirevier stellt die Tatsachen auf den Kopf.

Wie sich aus der Strafanzeige des Verteidigers von Rauchs vom 22.4.7 ergibt, war es nicht von Rauch, der Widerstand übte, vielmehr wurde von den Polizeibeamten brutal zusammengeschlagen. Das Ergebnis der Verhandlungen wird durch die veröffentlichten Pressefotos und eine Untersuchung durch den Gefängnisarzt unter Beweis gestellt. Während die Anzeige und Beschwerde des Verteidigers eingestellt und als unbegründet zurückgewiesen wurde taucht der Vorfall in der Anklageschrift als Widerstand auf.

Eigendruck im Selbstverlag. Verantwortlich: "ROTE RECHTSHILFE", Heinz-Georg Vogler, 8 München 2, Adlzreiterstr. 12

hier kann die kompl. Schrift bezogen werden!

red.



UHH! WIEDER SO'N
SCHEISS INFO....



DIE MACHEN JA
NUR NOCH MIST



ALSO, WENN ICH IN DER
REDAKTION SAESSE....

EDITORIAL, DAS LETZTE

genossen,

was ihr hier in den haenden habt ist das letzte info seiner art, wenn nicht das letzte info ueberhaupt. haltet es also gut fest, besser noch ihr tut es gleich in euer archiv, die redaktion hat sich entschlossen ihre seit langem verkuendete und trotz dem wirkungslose drohung, das info einzustellen, grausame wirklichkeit werden zu lassen. letztere hat uns auch dazu bewogen diesen bedauerlichen schritt zu tun.

der widerspruch zwischen theoretischem anspruch und der praktischen durchfuehrung der konzeption ist derart groß geworden, daß es nicht mehr moeglich ist ihn durch revolutionaeren optimismus (der schon an illusionismus grenzt) und eine menge geld weniger genossen zu ueberwinden.

das info traegt den mehr schoen klingenden als sinnvollen untertitel "internes kommunikatio

* info ist ein internes organ, d.h. es soll nicht zu agitationszwecken herumschleift werden, wir brauchen darum nicht so zu tun, als duerften wir nur positive berichte fuers info schreiben. am meisten lernen wir aus unseren fehlern, allerdings muess te noch mal reklamiert wir weit "intern".

nsorgen der anarchistischen & raetekomunistischen gruppen im deutschsprachigen raum". das heisst konkret: dieses blatt ist im gegensatz zu allen anderen zeitungsen nicht das produkt einer tintenverspritzenden redaktion oder das organ irgendeiner gruppe. es ist das kommunikationsorgan aller gruppen und individuen. es soll also in formationen, berichte und materialien ueber die arbeit der gruppen, ueber ihre aktionen und projekte verbreiten und austauschen (moeglichst schnell und aktuell zu sein), wobei die theoretische diskussion nicht fehlen soll, kann und darf, was in den letzten infos auch nicht der fall war, dies war die urspruengliche konzeption des infos, die es waren auch die vorstellungen der wilhelmshavener genossen und die der in sievershausen anwesenden gruppen.

voraussetzung fuer eine verwirklichung dieser vorstellungen sind nun aber folgende drei punkte:

1. eine gesicherte finanzierung
2. ein reger und staendiger informationsfluß von allen gruppen zur redaktion
3. eine redaktion, die dieses material in kuerzester zeit layouten, drucken und verschicken kann.



HHMMH? OB ICH MAL WAS FUERS INFO SCREIBE?!?!?!

FINANZIERUNG

sich zu der miserablen finanziellen lage zu aeußern hiesse, das wiederholte zum wiederholten male zu wiederholen. eine infonummer kostet 250.- bis 300.- dm. in wilhelmshaven sind bis jetzt 5 infos herausgegeben worden, das macht zusammen 1250.- bis 1500.- dm ausgaben. davon sind knapp 500.- dm reingekommen, macht zusammen 750.- bis 1000.- dm, die von wenigen (sprich 5) genossen aus eigener tasche aufgebracht worden sind. jetzt sind die genossen pleite, macht zusammen kein info mehr.

INFORMATIONSFLOSS

was den informationsfluß von den gruppen angeht, so war die ersten zwei monate nach sievershausen recht gut und umfangreich, was sich in zwei monatlich erscheinenden nummern mit jeweils ueber 50 seiten niederschlug. doch schon die naechste nummer 11/12 zeichnete sich durch eine lange vorbereitungszeit aus, die teilweise bedingt durch technische schwierigkeiten (umstellung des druckes auf offset), ihre ursache vor allem in dem immer mehr abflauenden informationsfluß und mangel an berichten und material von den gruppen hatte. dennoch ist es der redaktion gelungen mit einigen l

ueckenfuellern und artikeln aus anderen zeitungsen den umfang auf 70 seiten zu bringen. erst die letzte "doppelnummer" 13/14 oeffnete auch dem letzten optimisten innerhalb der redaktion die augen:

das info als organ aller gruppen ist zu einer farce geworden, die nur deshalb noch besteht weil einige genossen mit blindem revolutionaerem eifer immer mehr geld und zeit investiert haben.

bis auf vier genossen gibt es niemanden, der uns einigermaßen regelmäßig informationen schickt, und wo nix ist, da kann nix gedruckt werden.

alle bitten, forderungen und drohungen haben nichts gefruchtet, die genossen (das seid ihr, die ihr dieses info lest!!!) haben keine berichte geschickt. ueberlegt euch mal woran das liegt, wahrscheinlich sind die gruende in den einzelnen gruppen verschieden, liegt es an den schwierigkeiten innerhalb der gruppen, sind die genossen zu faul oder hat man massive kritik am info anzumelden? ist letzteres der fall, kann man sie der redaktion mitteilen, die freut sich darueber.

was es im einzelnen auch sei, die redaktion sieht sich nicht mehr imstande ohne artikel eine zeitung zu machen.



ACH, ICH LASS ES SEIN, DA MUESSTE MAN DANN JA AUCH,....
UND AUSSERDEM HAB ICH JETZT SOWIESO KEINE ZEIT!

INFO 15, DAS LETZTE

REDAKTION

leider sind zu all diesen schwierigkeiten auch noch technische-organisatorische schwierigkeiten hinzugekommen. einmal durch die jetzt aufgehobene trennung der redaktionen in wetzlar und wilhelmsbaven (die redaktion ist nur noch in whv), zum anderen durch den druck, umstellung von spirit-carbon und unleserliche wachsmatrizen auf offset, dann defekt der offsetmaschine usw. diese probleme sind nun aber beseitigt. der redaktion ist es moeglich innerhalb von 5 tagen ein info zu layouten, drucken und zu verschicken. siehe schnell erscheinen der vorliegende nummer.

FAZIT

dies ist die bestandsaufnahme der redaktion in whv und der genossen in wetzlar. die redaktion ist finanziell nicht mehr in der lage und aufgrund mangelnder berichte und artikel auch nicht mehr bereit ihre arbeit weiter zu fuehren. falls sich in naechster zeit nichts entscheidendes aendert an dieser situation, d.h. die zahlungen und informationen weiter ausbleiben, gibt es info nicht mehr. diese drohung ist mit sicherheit die letzte und wird auch in

die tat umgesetzt werden, da auch die letzten optimisten in der redaktion die scheiße erkannt haben und nicht mehr bereit sind sich und ihr geld zu verbrennen.

ES LIEGT AN EUCH EURE ZEITUNG ZU RETTEN !! ARBEITET MIT

wenn ihr geld und beitraege schickt ist die redaktion bereit, das info kontinuierlich zu layouten, so daß man, was die qualitaet angeht, jederzeit den faden unterbrechen kann und die blaetter in den druck gegeben werden koennen. der dauert 2 tage und info ist nach 5 tagen in euren briefkaesten. wir sind bestrebt die erscheinungsabstaende von einem monat auf 14 tage zu reduzieren. info soll nicht unbedingt regelmassig erscheinen, sondern immer dann, wenn es sinnvoll ist. so z.b. steht diese nummer im zeichen des hildesheimer prozesses.

RETTET EUER INFO!

-die info redaktion-



prozeß gegen

die kommune 3, wolfsburg

in hildesheim
landgericht, domplatz
vom 24.2. - etwa 3.3

Kommt
Genossen!

DAß FÜR DEN VERWANDEN DER AUFGEZEIGTEN MÖGLICHKEITEN VERFOLGTEN ZIELE DES STAATES

das staatlichen Monopols auf Ge-
waltanwendung durch revolutionäre
Gruppen sind Tatsachen, mit denen
sich ein Staat, dessen Konzept
der sozialen Befriedung aller
Klassen und Schichten beinahe auf-
gegangen zu sein schien, auf
keinen Fall abfinden kann. Hier-
gegen wird auf mehreren Ebenen
angegangen:

1. Die strafrechtliche Verfolgungs-
maschinerie wird massiv und unter
Entfaltung aller ihrer Machtvoll-
kommenheit auf die Gruppenmit-
glieder und ihre sie unterstützen-
den Genossen angesetzt.

2. Gleichzeitig schreckt sie
mögliche Sympathisanten von soli-
darischem Verhalten ab.

Zwischen beiden wird scharf dif-
ferenziert. Deren Kader, die

§129

Was das erste Ziel anbetrifft, so
gilt es natürlich zunächst die
Mitglieder der Gruppen unschädlich
zu machen, darüberhinaus aber
die Gruppen selbst politisch zu
isolieren, damit eine revolutio-
näre Gruppe entweder zu den wird,
was sie nach Ansicht des "Spiegel"
(Nr. 48, 1971, S. 49) schon ist:
"vielleicht ein halbes Dutzend
schwerbewaffneter Tagelöhner",
oder damit ihre Mitglieder ge-
zwungen werden ihre politischen
Vorstellungen fallen zu lassen,
z.B. ins Ausland zu gehen, von
wo sie nicht mehr agieren können.
Der Grund, warum zu diesem Zweck
die RAF von Genscher zum "Staats-
feind Nr. 1" ausgerufen wurde und
warum gegen sie mit allen zur
Verfügung stehenden Mitteln vor-
gegangen wird, liegt letztlich
darin, daß bei der Befreiung
Andreas Baaders am 14. Mai 1970
Linke, die aus der Studentenbe-
wegung kamen, bewaffnet vorgingen.

als entschiedene Linke bekannt
und sicher auch ektenkundig war.
wanderte mit einem Haftbefehl we-
gen §129 in Untersuchungshaft,
weil sie der RAF Wohnung verschafft
haben soll. Liberalen, denen der-
selbe Vorwurf gemacht wird, wird
bisher durch Hausdurchsuchungen,
einstweilige Festnahmen usw. nur
ein gehöriger Schrecken eingejagt,
obwohl Genscher schon verkündet
hatte: "Ich warne jeden davor,
diese Verbrecher in irgendeiner
Weise zu unterstützen". Die
Warnung richtete sich vor allem
an "an sich sonst honoräre Kreise
in der ganzen Bundesrepublik"
(beide Zitate aus der Süddeutschen
Zeitung vom 15.2.1971). Diese
Diskrepanz im Vorgehen der Ver-
folgungsbehörden steht in scharfem
Widerspruch zu der angeblich
völlig unpolitischen, rein anti-
kriminellen Bekämpfung der
"Baader-Meinhof-Gruppe".

3. Von Seiten der Regierung wird
ständig der vollkommen apolitische
Charakter der RAF betont. Genscher
meinte, es handelte sich "um ge-
meine Kriminalität - und nichts
anderes." (Süddeutsche Zeitung vom
15.2.1971) Ehme nannte sie: "die
gefährlichsten Gangster, die es
gibt." (Spiegel, Nr. 1, 1971)

4. Gleichzeitig wird durch eine
gezielte Veröffentlichungspolitik
der Bundesanwaltschaft und der Re-
gierung die gesamte Presse zu
immer wahnwitzigeren Vermutungen
(Bande um Baader plante Entfüh-
rungen/ Brandt und Ehme als Gei-
seln, Süddeutsche Zeitung vom
13./ 14.2.1971), zu immer unver-
schämteren Fehlinformationen
(Baader-Bande schoß ohne Hemmun-
gen, Bild vom 16.7.1971) ange-
stachelt. Für diejenigen Kreise,
die auf eine solche Wortwahl ei-
gentlich nicht hereinfallen mö-
gen, hält dann noch der Spiegel
("Resultat politischer Selbstver-
führung", Nr. 48, 1971, S. 49)
oder gar Konkret ("Gib auf, Ulrike")
her.

Mit alledem soll das verhindert
werden, was eine Anwendung des
§129 nicht opportun und damit un-
möglich machen würde: einmal
eine massenhafte Solidarität mit
gewaltsam vorgehenden revolutio-
nären Gruppen, zum anderen das Be-
wußtsein des Staatsbürgers, daß
hier in Wirklichkeit mit den
Mitteln, die immer wieder als sol-
che, mit denen politische Vor-
stellungen nicht durchgesetzt
werden dürfen, angeprangert ver-
den, Politik gegen die Interessen
des Volkes gemacht wird. Träte
eines von beiden ein, wäre §129
eine stumpfe Waffe. Großangelegte
Fahndungen, Razzien, Polizei-
terror allerorts, aufsehenerre-
gende Prozesse gegen politische
Gegner, staatliche Machtentfal-
tung überhaupt sind Gift für den
Staatsapparat, wenn auch nur ein
Teil der Bevölkerung sie unvorein-
genommen oder gar Partei ergrei-
fend beobachtet. Das galt - wenn
auch mit einigen Abstrichen - für
die Studentenbewegung, die Sympa-
thien in Teilen der Bevölkerung
hatte und gegen die deshalb nie-

mals der Versuch unternommen wer-
den konnte, sie mit Hilfe von
§129 zu kriminalisieren und zu ver-
folgen. Das gilt auch jetzt und
in Zukunft für alle revolutionären
Gruppen.

Darüberhinaus nimmt der Staat die
Gelegenheit wahr, der Bevölkerung
das Entsetzen vor offenem Terror
langsam zu nehmen. Die RAF ist
diesbezüglich tatsächlich zu
einem Objekt der Bundespolitik
geworden. Waren schon Genscher
und seine Kollegen mit ihren Äuße-
rungen nicht gerade simperlich,
so setzte Nordrhein-Westfalens
Innenminister Weyer den bisher-
gen Höhepunkt, indem er die
Meinung äußerte, man müsse die Be-
völkerung an den Anblick einer
bewaffneten Polizeimacht gewöhnen
wie an das Steuernahlen. Dies An-
liegen wird in die Tat umgesetzt.
Bewaffnete Polizei wird allgegen-
wärtig. Der Anblick des mit der
Maschinenpistole bewaffneten
Streifenpolizisten soll zum All-
tagserlebnis werden. Am Bild
eines Staatsapparats, der die Vor-
kehrungen trifft, unter denen er
eines Tages eine faschistisch vor-
gehende Polizeimacht halten und
einsetzen kann, fehlen nun auch
schon die ersten Morde nicht mehr.



PETRA SCHELM
ERSCHOSSEN AM 15.7.71